

File DTLINEN

Statement prepared by Kg U
in reply to Spiegel article.

Dispatch being prepared on
article and related events

This is FYI meanwhile.

[]

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2-B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2007

Pressestelle

Zu den in Nummer 47 der Wochenzeitschrift "Der Spiegel" und in anderen Presseorganen über die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit erschienenen Auslassungen, nimmt diese vorläufig wie folgt Stellung:

- 1.) Die Auslassungen stellen den Versuch dar, der KgU die Schuld für den politischen Terror, insbesondere für die politischen Verhaftungen von Jugendlichen in der Sowjetzone zuzuschreiben.
- 2.) Die Auslassungen beruhen einerseits auf den, von dem sowjetzonalen Terrorregime in der SBZ erhobenen Anschuldigungen und den in Schauprozessen gemachten Selbstbezeichnungen politischer Gefangener, andererseits auf der Zusammenstellung willkürlich aus dem wahren Zusammenhang gerissener und entstellter Tatsachen.
- 3.) Jedem Einsichtigen ist klar, dass über Fragen des Widerstandes der Öffentlichkeit nur beschränkt Auskunft erteilt werden kann, und dass deshalb öffentliche Verleumdungen gegen die KgU diese in unfairen Weise benachteiligen.
- 4.) Beabsichtigt oder unbeabsichtigt unterstützen solche Auslassungen die von sowjetischer Seite eingeschlagene Taktik, jeweils die stärksten Kräfte des Widerstands innerhalb der westlichen Welt zu diffamieren und zu isolieren.

Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hat am März 1952 - nachdem sie die gleiche Forderung bereits seit Frühjahr 1951 in der westlichen Öffentlichkeit erhoben hat - in der Sowjetzone den dortigen Staatssicherheitsdienst als eine verlecherische Organisation angeprangert. Seitdem haben der SED und seine Handlanger, Hilde Benjamin und Generalstaatsanwalt Melzheimer, keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um ihrerseits die KgU als Verbrecherorganisation hinzustellen. Zugleich suchten sie dadurch

die Bevölkerung der SBZ vor jeder Berührung mit der KGU abzuschrecken. Die Bevölkerung in der SBZ hat sich jedoch an der wahren Beurteilung, wo Recht und Unrecht liegen, nicht irremachen lassen. Im Gegenteil haben sich die Besucherziffern bei der KGU in den letzten Monaten vervielfacht. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit sieht in diesem Vertrauensbeweis durch die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang, die stärkste Legitimation für ihre weitere Arbeit.

Als einer der Hauptvorwürfe ist der KGU die antikommunistische Propaganda durch Jugendliche in der SBZ unterstellt worden. In dem Artikel des "Spiegel" ist beispielsweise behauptet, daß die Jugendlichen Warner TOCHA, Gerhard BLUME und Gerhard SCHULZ auf Grund einer "leichtsinnigen Unterstützung" durch die KGU verurteilt worden oder dass in Wittenberg neuerdings 16, in Grimma 22 "meist junge Studenten" verhaftet worden seien, deren Aussagen auf eine Verbindung mit der KGU hingewiesen hätten. Wir stellen dazu fest, dass die KGU keinerlei Beziehungen zu den dort Verhafteten besessen hat und dass auch die drei namentlich vom "Spiegel" Genannten der KGU unbekannt sind. Eine Unterstellung ist auch, dass Hermann Josef FLADE von der KGU Flugblätter erhalten habe. Der "Spiegel" gibt charakteristischerweise in seinem "So etwas wie Feme" überschriebenen Artikel als Verurteilungsgrund die angebliche Beziehung zur KGU die Tatsache an, dass Flade "einen Volkspolizisten durch Stiche verletzt hat". Im Hinblick darauf, dass der Fall dieses aufrechten jungen Mannes, seine Verurteilung zum Tode und seine nachträgliche Begnadigung zu 15 Jahren Zuchthaus (nicht zu lebenslänglichem, wie der "Spiegel" angibt), die Weltöffentlichkeit aufs tiefste bewegt hat, stellt die KGU mit besonderer Betonung fest, dass sie von der Existenz und der Tätigkeit Hermann Josef Flades erst genau so wie alle übrigen westlichen Stellen nach seiner Verurteilung zum Tode Kenntnis erhalten, dass keinerlei Verbindung von der KGU zu Flade vorher geführt hat, geschweige denn, dass ihm irgendwelche Flugblätter von der KGU ausgehändigt oder übermittelt worden sind. Gerade diese Unterstellung zeigt aufs deutlichste, wohin die Verleumdungskampagne gegen die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit führt und

nach sowjetischer Absicht führen soll, nämlich zur Herabsetzung und Diffamierung des echten und ursprünglichen Widerstandsgeistes selbst.

Es ist allgemein bekannt, dass der Widerspruch gegen das sowjetzonale Unrechtssystem gerade in jugendlichen Kreisen oftmals am heissesten glüht und dass es besonders schwer ist, die jungen Menschen vor unüberlegten oder fruchtlosen "Widerstandshandlungen" zurückzuhalten. Flugblätter und Aufklärungsschriften sind von allen in Westberlin vorhandenen Ostbüros, Jugend- und Studentengruppen, Ostredaktionen und Freiheitsorganisationen - soweit sie sich überhaupt mit der Aufklärung nach Osten hin befassen - auch an jüngere Menschen seit Jahren ausgegeben worden. Niemand anderes aber als die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hat bereits seit zwei Jahren bei allen nur erdenklichen Gelegenheiten vor der Unterstützung der jugendlichen Absichten durch Ausgabe von Flugblättern etc. gewarnt. Niemand anderes als die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hat bereits seit zwei Jahren unermüdlich nicht nur alle Jugendlichen aus der Sowjetzone, die sich an sie wandten, von ihren Vorhaben zurückzuhalten versucht, sondern auch seitdem das positive Ziel für die Jugend in der SBZ aufgezeigt, nämlich sich für ihre kommenden Aufgaben nach der Befreiung bereits heute selbst auszubilden und sich für diesen Tag zu bewahren. Wenn bestimmte westliche Stellen diese zweijährigen Warnungen konsequent nicht zur Kenntnis genommen bzw. erst so spät aufgenommen haben, trägt die KgU dafür keine Verantwortung.

Eine weitere Behauptung geht dahin, dass die KgU im letzten Jahre besonders starke Verluste in der Sowjetzone gehabt habe. Im "Spiegel"-Artikel ist dafür beispielsweise die Zahl von 200 angegeben. Es wäre ein Zeichen völliger Ahnungslosigkeit, zu behaupten, dass ein politischer Widerstand völlig ohne Verluste durchgeführt werden könnte. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit unterstreicht ihrerseits die unbedingte Pflicht, alles nur Menschenmögliche zu tun, um diese Verluste zu vermeiden. Sie kennt die furchtbaren Zahlen der Verluste, die in den letzten Jahren alle Freiheitsorganisationen, einschließlich

der Ostbüros der Parteien, erlitten haben, fühlt sich aber selbstverständlich nicht befugt, darüber Auskunft zu geben. Was die Zahl von 200 Verhafteten der KgU für das Jahr 1952 betrifft, kann es sich dabei nur um eine Verwechslung handeln. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit selbst hat im Jahre 1952 bisher 49 Verhaftungen zu beklagen, von denen 21 tatsächlich wegen direkter Zusammenarbeit mit unserer Organisation in Haft genommen wurden.

Um ihre Mitarbeiter nicht zu gefährden, hat die Kampfgruppe bereits seit einem Jahr nur noch auf ausdrücklichen Wunsch, seit einem halben Jahr überhaupt nicht mehr, Flugblätter zur Verteilung in die Sowjetzone mitgegeben. Sie schickt diese nur noch mit Ballons über den Eisernen Vorhang hinweg (beispielsweise von April bis September 1952 nahezu 2 Millionen Flugblätter).

Bei dieser Gelegenheit muss einmal auch in der Öffentlichkeit ausgesprochen werden, dass es zu den üblen Gewohnheiten vieler im Untergrunde tätigen Organisationen und Personen gehört, sich gegenüber Menschen aus der SBZ als Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit auszugeben. Wir haben deshalb schon seit langem alle in Betracht kommenden Stellen einschliesslich der Polizei gebeten, in jedem einzelnen Falle, in dem sich jemand als unser Mitarbeiter ausgibt, die Personalien festzustellen und sie uns zur Überprüfung mitzuteilen. Wir fühlen uns nicht befugt, zu diesem Zeitpunkt die Namen der Organisationen mitzuteilen, die sich mit unserem Namen getarnt haben.

Zum Falle des verhafteten, neununddreissigjährigen Johann BURIANEK und des achtundzwanzigjährigen Wolfgang KAISER verweisen wir noch einmal auf die Erklärungen, die wir im unmittelbaren Anschluss an deren Verurteilung und im September veröffentlicht haben. Es ist auch heute noch nicht geklärt, ob Burianek ein agent provocateur der Sowjets gewesen ist, klar aber ist, dass er keinen Sprengstoff von der Kampfgruppe erhalten hat und dass wir einen Monat vor seiner Verhaftung die Beziehungen zu ihm abgebrochen haben, eben wegen seiner von

von uns abgelehnten Vorschläge auf Attentate und Sabotage. Klar ist, dass Wolfgang Kaiser ein wirklicher Mitarbeiter der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit gewesen ist, und dass dem Staatssicherheitsdienst in diesem Falle das gelungen ist, was er im Falle des ebenfalls entführten Mitarbeiters des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen, Dr. Linse, immer noch zu erreichen versucht, nämlich auf Grund terroristisch erzwungener Geständnisse einen Schauprozess zu veranstalten. Im Gegensatz zu den neuerlich wieder aufgekommenen Behauptungen, dass die Zeugin im Burianek-Prozess, Christa LAABS, eine vom SSD in die Kampfgruppe eingeschleuste Agentin gewesen sei, verweisen wir ebenfalls auf unsere Erklärung im September. Es erscheint uns müßig, auf die aus trüben Quellen stammenden oder auf vagen Redereien basierenden, andersartigen Behauptungen in jedem einzelnen Falle einzugehen, ebensowenig auf die Großmannssucht des neutralistisch infizierten Journalisten Heinz Krüger, der neuerlich behauptet hat, vor 2 Jahren von Mitgliedern der KpU überfallen worden zu sein - dass das nicht der Fall war, ist längst eindeutig erwiesen.

In diesem Zusammenhang ist auch das Aufhören einer Subvention durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gemeldet worden. Wir stellen dazu fest, dass dieser Zusammenhang aus der Luft gegriffen ist. Die Subvention des Bundesministeriums an die Kampfgruppe hat bereits im Januar 1951 aufgehört.

Ebenfalls halten wir es für eine böswillige Unterstellung, wenn im Artikel des "Spiegel" Äusserungen des Berliner Polizeipräsidenten vom 27.12.50 gegen "bestimmte westliche Kreise, die sich vielfach aus alten, belasteten Nationalsozialisten rekrutieren und so etwas wie eine neue Feme-Organisation" darstellen sollen, mit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit in Zusammenhang gebracht werden. Abgesehen davon, dass uns derartige Äusserungen unbekannt sind, dürfte es auch dem "Spiegel" bekannt sein, dass die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit prononciert die Tradition des 20. Juli .

in der Öffentlichkeit vertreten hat, dass ihr Gründer dem von den Nazis ermordeten Albrecht HAUSHOFER nahegestanden und daß ihr jetziger Leiter mehrere Jahre im nationalsozialistischen KZ zugebracht hat.

Es ist richtig, daß Dr. Rainer Hildebrandt vor kurzem aus der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit ausgetreten ist. Eine Dramatisierung dieses Schrittes ist schon deshalb unangebracht, weil Dr. Hildebrandt bereits seit Oktober 1950 aus der praktischen Arbeit der KgU ausgeschieden und bereits seit November 1951 aus gesundheitlichen Gründen und um sich seiner publizistischen Arbeit zu widmen, offiziell beurlaubt war. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit wird ihrem Begründer und ehemaligen Leiter stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Schliesslich wird als kritisches Zeichen für die KgU die Streichung ihres jetzigen Leiters, Ernst Tillich, aus den Mitgliederlisten der SPD angeführt. Abgesehen davon, dass diese Streichung - ein "Ausschluss" ist nicht erfolgt! - unseres Wissens nach den Statuten der SPD nicht rechtmässig gewesen ist, sind die wahren Gründe für die Verschlechterung der Beziehungen von Tillich zur SPD allgemein bekannt. Sie liegen in seinem stetigen und dringlichen Eintreten dafür, den Westen in jeder Beziehung und so schnell wie möglich zu stärken, und in seiner Bejahung des Deutschland-Vertrages und der Europäischen-Verteidigungs-Gemeinschaft. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit sieht in dieser Haltung ihres Leiters die Wiedergabe der Meinung eines überwiegenden Teiles der Sowjetzonenbevölkerung. Sie ist sich mit ihrem Leiter aber ebenso darin einig, dass ihre Arbeit streng unparteilich sein und jeder speziell parteipolitische Inhalt aus ihr ferngehalten werden muß.

Die Grundfrage, ob und in welcher Form ein sinnvoller Widerstand gegen das totalitäre stalinistische Regime in der Sowjetzone Deutschlands und in den übrigen vom Stalinismus unterjochten Gebieten geleistet werden kann, ist bei dieser Erklärung noch nicht näher zu beantworten. Daß es im Zuge der sich immer mehr verschärfenden und verfestigenden Bol-

schewisierung der Sowjetzone nicht mehr mit der einmalig vor zwei Jahren und mit Wissen und im Einverständnis der Berliner politischen Parteien propagierten Form der "Freie Wahlen durch Schweigen" geht, ist der jetzigen Leitung der KGU ebenso selbstverständlich wie allen übrigen fachlich qualifizierten Freiheitsorganisationen. Es wird aber eingehender und bindender Besprechungen mit den massgebenden politischen Stellen bedürfen, um die Formen zu finden, mit denen die anständigen Deutschen und anständigen Europäer auch in Zukunft ihrer Haltung und Erhaltung einen positiven Sinn zu geben vermögen.

KAMPFGRUPPE GEGEN UNMENSCHLICHKEIT

- P r e s s e s t e l l e -

gez. Hasso Graf